

## Einleitungsbeitrag zum Frühstück „10 Jahre Hartz IV“ am 8. März 2015

Kein Gesetz in Deutschland war und ist so umstritten und verhasst, wie das "Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt", allgemein bekannt als Hartz IV. Es trat vor zehn Jahren am 1. Januar 2005 in Kraft und brachte bereits im Sommer 2004 eine breite Massenbewegung in Form der Montagsdemos gegen Hartz IV hervor, an der sich Hunderttausende in ganz Deutschland beteiligten. Wenn auch geschrumpft, ist ein harter Kern von Montagsdemos nach wie vor in 80 Städten aktiv. Aber es gibt auch noch viele weitere Aktivisten und Initiativen, die durch Aufklärung, Beratung und Aktionen den Kampf gegen Hartz IV lebendig halten.

Auf unserem heutigen Frühstück wollen wir – möglichst lebensnah – eine Bilanz von 10 Jahren Hartz IV ziehen und auch diskutieren, wie wir den seit 10 Jahren nicht unter zu kriegenden Widerstand gegen Hartz IV stärken und weiterentwickeln können.

Der wesentliche Ausgangspunkt für die Einführung von Hartz IV war laut der damaligen Schröder-Fischer-Regierung, dass nur durch Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten in großem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Innerhalb von vier Jahren sollte dadurch, so der verurteilte und vorbestrafte Namensgeber der Hartz-Gesetze, die Arbeitslosigkeit halbiert werden.

Jedem halbwegs bewussten Menschen war schon damals klar, dass das eine verlogene Milchmädchenrechnung war. Denn nach dieser Logik müsste ja gerade in den Niedriglohnländern, wo die internationalen Konzerne so gerne ihre Handys, Autos, Klamotten billig produzieren lassen, die Arbeitslosigkeit besonders niedrig sein. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie man an Ländern wie Bangladesch, Indien oder China sehen kann.

In Wirklichkeit ging es um etwas ganz anderes, was Schröder auch offen zugab. Im Februar 1999, kurz nach seinem Amtsantritt, verkündete er bereits: "Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen, der die Menschen, die jetzt Transfer-Einkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt." Im Januar 2005, Hartz IV war gerade in Kraft getreten, preist Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos seine „Reform“: "Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt."

Dazu wurde mit Hartz IV der Zwang verankert, dass unabhängig von der Qualifikation jede Arbeit zumutbar ist – und das zu jedem Lohn! Damit wurde nicht nur ein gewaltiger Druck auf die bereits Arbeitslosen ausgeübt, sondern auch auf alle, die noch Arbeit hatten.

Wie wurde das gemacht? Zum einen, indem die bisherige Arbeitslosenhilfe abgeschafft und mit der Sozialhilfe zusammengelegt wurde. Zum anderen, indem die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die früher je nach Alter zwischen 2 und 4 Jahren betrug, halbiert wurde und für alle unter 55 Jahren nur noch 1 Jahr beträgt.

Die frühere Arbeitslosenhilfe (53 % vom Nettolohn) wurde im Anschluss an das alte Arbeitslosengeld (60-65 % vom Nettolohn) bezahlt – und zwar unbegrenzt. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde unter der Bezeichnung

Arbeitslosengeld II eine Ersatzleistung für Langzeitarbeitslose und nun auch deren Angehörige in Form eines Sozialgeldes eingeführt. Das Niveau wurde auf die Höhe der Sozialhilfe herabgesetzt und damit bewusst nicht mehr ein **individueller Lebensstandard** auf niedrigem Niveau ermöglicht, sondern nur noch ein **Existenzminimum** gewährt. Arbeitslosengeld (I) bekommt heute nur noch eine Minderheit der Erwerbslosen. Jeder vierte neu Erwerbslose landet direkt im Hartz-IV-System.

Dieses Gesetz hatte umfassende gesellschaftliche Auswirkungen: auf den Arbeitsmarkt, auf die Kommunalpolitik, auf die Parteienlandschaft, auf Familien und Beziehungen, auf das Armutsrisiko, auf die Geburtenrate und vieles mehr. Vor allem aber stellte es die Lebenslüge vom „Sozialstaat“ massiv in Frage.

Einige dieser Aspekte wollen wir kurz näher beleuchten:

Aus Familien werden „**Bedarfsgemeinschaften**“ und damit ändert sich für Familien und Partnerschaften einiges: Alle Mitglieder eines Haushaltes werden nun zu Leistungsempfängern und zu Adressaten der sogenannten „Aktivierung“. Wer bisher Allein- oder Haupternährer der Familie war, muss damit rechnen, dass nun die Ehefrau aufgefordert wird, eine Arbeit aufzunehmen oder auszuweiten. Während des Bezugs von Arbeitslosengeld II werden - im Unterschied zur früheren Arbeitslosenhilfe seit 2011 auch keine zusätzlichen Rentenansprüche erworben.

Mit Hartz IV und dem riesigen Niedriglohnsektor wurde etwas sichtbar und wuchs schnell an, was bis dahin im angeblichen „Sozialstaat“ unmöglich schien: eine **Massenarmut**, die mittlerweile über 12 Millionen Menschen umfasst und von der besonders Arbeitslose betroffen sind. 2003 wurde etwa die Hälfte der Erwerbslosen als arm eingestuft, 2008 waren es fast drei Viertel aller Erwerbslosen. Drumherum ist etwas entstanden, das der Kölner Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge treffend beschreibt:

*„Längst gibt es, was man als Hartz-IV-Welt bezeichnen kann und was eine Armutsökonomie sowie eine ausgeprägte Subkultur im Bereich der nach Millionen zählenden ALG-II-Empfänger samt ihren Familien bildet, die von Hartz-IV-Kochbüchern über Sozialkaufhäuser bis zu Hartz-IV-Kneipen reicht, wo Leistungsbedürftige unter sich bleiben und ihr Bier zu Niedrigpreisen trinken. Praktischerweise galt ab 1. Januar 2003 zusammen mit den ersten beiden Hartz-Gesetzen auch die Pfandpflicht, wodurch die rot-grüne Koalition dafür gesorgt hat, dass Transferleistungsbezieher und Niedriglöhner ebenso wie Altersrentner ihr karges Haushaltseinkommen durch das Sammeln und die Rückgabe von Pfandflaschen und Getränkedosen aufbessern können.“*

Teil dieser **Armutsökonomie** sind die Tafeln. Im Bundesverband Deutscher Tafeln e.V. sind mittlerweile 900 Tafeln zusammengeschlossen, die über 1,5 Millionen Menschen mit Lebensmitteln versorgen, die sonst größtenteils im Müll landen würden. Mit 60.000 Helfern sind die Tafeln einer der größten Sektoren ehrenamtlicher Betätigung in Deutschland. Immer deutlicher wird der zwiespältige Charakter der Tafeln, je mehr sie an ihre Grenzen stoßen. Mittlerweile ist es so, dass die Zahl der Bedürftigen steigt, während die Zahl der Lebensmittelspenden sinkt. Das führt dazu, dass Tafeln wie in Essen nicht nur befristete „Kundenkarten“ einführen, sondern „Kunden“ mit Entzug dieser Karte bestrafen, wenn sie ihre festgelegten

Termine nicht wahrnehmen. Zudem hat sich die Konkurrenz um die knapperen Lebensmittel durch eine steigende Nachfrage von Flüchtlingen verschärft, was teilweise schon zu sehr unschönen Situationen führte, wie ein Mitarbeiter der Essener Tafel berichtete.

### Die Auswirkungen auf dem **Arbeitsmarkt**:

Im Sinne der Absichten seiner Erfinder war Hartz IV sicher ein Erfolg: Der Niedriglohnsektor, die Massenarmut, dieses ganze Regime aus Angst, Demütigung, Sanktionen, Entmündigung, Ausgrenzung und Stigmatisierung war gewollt. Das groß herausgestellte Prinzip des „Forderns und Förderns“ war dagegen reine Augenwischerei, ebenso wie die großspurig angekündigte Halbierung der Arbeitslosenzahlen. Tatsächlich wurden mit der Einführung von Hartz IV die Instrumente zur **Verfälschung der Arbeitslosenstatistik** ausgebaut, damit man uns Monat für Monat völlig unrealistische Zahlen präsentieren kann.

Das Essener Hartz-IV-Netzwerk „BG45“ hat das für Essen sehr anschaulich aufgedeckt. So meldete die Agentur für Arbeit für November 2014 knapp 35.000 Arbeitslose in Essen (12,1%). Die Realität sah jedoch so aus:

*„Während die Bundesagentur für Arbeit einen Rückgang der offiziell Erwerbslosen um 330 (-0.9 Prozent) vermeldet, sind tatsächlich 1.551 Essener mehr erwerbslos als im Vorjahresmonat. Die tatsächliche Erwerbslosenquote lag damit im November bei 16,0 Prozent. Seit Jahren werden ganze Gruppen von Erwerbslosen offiziell nicht mehr mitgezählt: (...) In Essen werden so insgesamt 11.218 Menschen offiziell nicht mitgezählt – obwohl sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen und gerne eine hätten. Hierunter sind im November 2014 alleine 3.889 Erwerbslose über 58 Jahre. Ebenso werden 2.537 Ein-Euro-Jobber und 2.927 Menschen in Maßnahmen und Weiterbildungen von der offiziellen Statistik nicht erfasst.“*

Eine ähnliche Trickserie liegt den ständigen Meldungen über Höchststände bei der Beschäftigungsquote zugrunde. Das reale Arbeitsvolumen ist in den letzten 15 Jahren mit 58 Milliarden Arbeitsstunden nahezu unverändert geblieben. Es wurde lediglich auf mehr Erwerbstätige umverteilt. Dafür steht vor allem der stark gewachsene Anteil von **Teilzeit- und Minijobs**.

Im vergangenen Jahr hatten elf Millionen weibliche Beschäftigte keine volle Stelle. Das waren doppelt so viele wie vor rund 20 Jahren. Grund ist die steigende Teilzeitquote. Sie lag im Jahr 2014 bei knapp 58 Prozent. Im Jahr 1991 betrug sie nur 35 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen zwischen 2001 und 2014 um knapp eine Million auf 7,5 Millionen zurück. Auch immer mehr Männer haben Teilzeit-Jobs. Mit inzwischen gut 20 Prozent hat sich die Quote bei ihnen im Vergleich zum Jahr 1991 mehr als vervierfacht. (Quelle: IAB).

Im Gefolge all dieser Entwicklungen sind heute nicht nur „**Aufstocker**“ eine Massenerscheinung (1,3 Mio. bundesweit, in Essen 2014 fast 15.000), sondern wir haben nun auch einen sogenannten **Mindestlohn**, der in Wirklichkeit nur ein Armutslohn ist und gerade durch allerlei Ausnahmen völlig zur Luftnummer wird.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde damals übrigens auch als ein Kernstück einer angestrebten Gemeindefinanzreform gehandelt, wodurch die **Kommunen** erheblich entlastet werden sollten. Stattdessen hat Hartz IV genau den gegenteiligen Effekt, insbesondere durch die Abwälzung der Kosten der Unterkunft auf die Kommunen. Daran wird auch das Reförmchen „Mietpreisbremse“ nichts ändern. Und in Essen wurde auch nichts aus dem schönen Traum, als „Optionskommune“ besser wegzukommen.

### **Wie soll es weitergehen mit dem Kampf gegen Hartz IV?**

Zunächst einmal kurz, welche Forderungen wir da für richtig halten. Hier müssen wir jede falsche Bescheidenheit ablegen. Die Unternehmer und ihre Regierungen hatten keine Hemmungen, uns diese „Armut per Gesetz“ zu verordnen. Sie hätten auch keine Hemmungen, uns noch tiefer zu drücken, etwa wie in Griechenland. Außerdem sind wir nicht die Verursacher der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit, können sie aber nur auf deren Kosten bekämpfen.

Deshalb sollten wir klar fordern:

Weg mit Hartz IV – stattdessen: Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzte Zahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit!

Eine spürbare Linderung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind nur möglich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, z.B. auf 30 Stunden pro Woche.

Das zeigt schon, dass Erwerbstätige und Erwerbslose an einem Strang ziehen müssen und dass die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sich viel stärker der Sache annehmen müssen. An der Entstehung der Hartz-Gesetze hatten führende DGB-Funktionäre noch aktiv mitgewirkt und dabei auch kritische Stimmen, wie die der damaligen stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Engelen-Kefer unterdrückt. Mittlerweile hört man auch aus dem DGB und den Einzelgewerkschaften vermehrt kritische Töne zu Hartz IV. Das ist ein guter Boden, um das in der Gewerkschaftsarbeit mehr zum Thema zu machen.

Darüber hinaus sollten wir heute noch überlegen, wie wir die Essener Montagsdemo wieder öffentlichkeitswirksamer und attraktiver machen können und mehr neue Mitstreiter gewinnen.

Vielleicht können wir dazu ja in diesem „Jubiläumsjahr“ durch besondere Aktionen einige Akzente setzen und mehr Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Kampf gegen Hartz IV erreichen.